

3763/J XXI.GP

Eingelangt am: 18.04.2002

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Gertrude Brinek,
und Kollegen

an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur

betreffend parteipolitische Vereinnahmung einer Schulbehörde
durch die SPÖ

Die Präsidentin des Wiener Stadtschulrates, Dr. Susanne Brandsteidl, hat in einem Interview mit der Tageszeitung "Die Presse" am Montag, den 8. April 2002, auf die Frage, wer in der SPÖ die Bildungspolitik bestimme, ohne lange zu zögern geantwortet, dass dies die in Wien für Schulen zuständige Vizebürgermeisterin Grete Laska und sie selbst sei. Die "politische Tochter" Laskas, wie Brandsteidl sich selbst bezeichnet hat, will nach der kommenden Nationalratswahl als Wiener Mandatarin in den Nationalrat einziehen.

Dann könne die Wiener Schulbehörde im Parlament wieder die Linie vorgeben - "als Headquarter der SP-Bildungspolitik", wie Brandsteidl sagt.

Die unterfertigten Abgeordneten sehen in dieser Aussage Brandsteidls einen für die Demokratie gefährlichen Griff der Wiener SPÖ nach der Macht über die Schulen.

Dass eine Behörde zur bildungspolitischen Zentrale einer Partei ernannt wird, hat es in der Geschichte der 2. Republik noch nicht gegeben. Daran sieht man, welche undemokratischen Missstände drohen, wenn die SPÖ das alleinige Sagen hat, wie das in Wien derzeit der Fall ist.

Es stellt sich aber auch die Frage nach dem Demokratieverständnis und dem Umgang mit den Grundprinzipien der Bundesverfassung, denn diese sehen einerseits eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern vor und andererseits eine Gewaltentrennung zwischen Verwaltungsbehörden, die Gesetze des Nationalrates zu vollziehen haben, und der Legislative, die mit ihren Gesetzesbeschlüssen die Aufträge an die Verwaltung erteilt. Überlegungen, nach welchen eine Kommunalpolitikerin und eine Verwaltungsbehörde dem Gesetzgeber die Linie vorgeben sollen, sind daher aus demokratiepolitischer Sicht nicht nur bedenklich, sondern stellen eine Bedrohung der Grundprinzipien unserer Verfassung dar.

Eine Verwaltungsbehörde und deren Mitarbeiter haben parteiunabhängig die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu wahren, unabhängig davon, welche politischen Überzeugungen sie als Menschen haben. Die Vereinnahmungsversuche für eine politische Partei sind nicht nur gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Stadtschulrates eine Zumutung, sondern sind auch ein Offenbarungseid über die Denkweise mancher

sozialistischer Kommunalpolitiker, die Wien offensichtlich als ihr Eigentum oder ihren Herrschaftsbereich in absolutistischer Form betrachten.

Bedauerlich ist, dass der letztendlich politisch Verantwortliche, Bürgermeister und Landeshauptmann Dr. Häupl, als Präsident des Stadtschulrates (die amtsführende Präsidentin ist nur seine Vertreterin) zu diesen demokratiepolitisch höchst bedenklichen Aussagen schweigt und sich bis heute zu keiner Klarstellung durchringen konnte, dass der Stadtschulrat für Wien eine Behörde für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für Parteimitglieder und -funktionäre ist.

Damit verabschieden sich die politisch Verantwortlichen für das Wiener Schulwesen aber vor allem auch von der etwa in den Bundesländern gelebten guten Tradition, dass die Bildungspolitik möglichst auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen soll und über Parteigrenzen hinaus immer das Wohl der Kinder und Jugendlichen als Maßstab angelegt wird.

Nachdem Dr. Kurt Scholz als offenbar zu unabhängig abgelöst wurde, ist dies nun wieder der Griff der Häupl-SPÖ nach der Macht in der Wiener Schulbehörde und auf die Bildungspolitik, wie sich dies auch an Tatsachen zeigt, wie etwa dass ein der SPÖ-nahestehender Bezirksschulinspektor als Initiator eines "unabhängigen" Bildungsvolksbegehrens auftritt.

Dr. Brandsteidl zeigt mit der parteipolitischen Auslegung ihres Amtes ein sehr problematisches Amtsverständnis. Eine politische Gesinnung steht jedem Menschen zu, aber parteipolitische Vereinnahmung öffentlicher Dienststellen ist entschieden abzulehnen.

Diese und zahlreiche andere Aktionen zeigen, dass hinter dem parteipolitischen Griff der SPÖ nach den Kindern und Jugendlichen ein System steht, wie z.B. die unverantwortliche Kampagne der Sozialistischen Jugend an den Schulen zur Verharmlosung von Drogen.

Man erinnere sich aber auch an die geplanten SPÖ-Veranstaltungen an den Wiener Schulen im Oktober 2000, die sogar Präsident Scholz selbst unterbinden musste, oder an den gescheiterten Versuch der SPÖ im Februar 2001, das Kollegium des Wiener Stadtschulrates parteipolitisch zu instrumentalisieren. Nachweislich versuchten Wiener SPÖ-Funktionäre im Wiener (Vor)Wahlkampf, durch Fehlinformationen über angebliche Einsparungsmaßnahmen Schüler, Lehrer und Eltern zu verunsichern.

Während von den Regierungsfractionen Versuche gestartet werden, ein für eine AHS-Oberstufenreform fruchtbares Gesprächsklima zwischen den Fractionen zu schaffen, antwortet also die Wiener SPÖ mit ihrem Machtanspruch.

Bei einer gesamthaften Betrachtung zeigt sich, dass die SPÖ verantwortungslos agiert, die Interessen der österreichischen Kinder und Jugendlichen hinter parteipolitische Strategie reiht, für substantielle Gespräche zu Weiterentwicklungen keine verlässlichen Ansprechpartner zur Verfügung stellt, wie dies durch das Zurückziehen eines bereits unterschriebenen gemeinsamen Antrages überdeutlich unter Beweis gestellt wurde, sondern vor allem, dass Parteistrategie und Machtausübung mit allen Mitteln verfolgt werden, getreu dem Grundsatz "der Zweck heiligt die Mittel".

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgende

A n f r a g e :

- 1) Welchen rechtlichen, in der Bundesverfassung verankerten Charakter hat der "Wiener Stadtschulrat"?
- 2) Halten Sie es für zulässig, dass die Verwaltungsbehörde "Stadtschulrat für Wien" zum "Headquarter" der SPÖ-Bildungspolitik umfunktioniert wird?
- 3) Wie viele Schüler kommen im statistischen Schnitt auf einen Mitarbeiter im Stadtschulrat für Wien, im österreichischen Durchschnitt auf die Mitarbeiter der Landesschulräte und des Stadtschulrates und welche Bundesländer haben den höchsten und niedrigsten Wert im Verhältnis Schüler/Mitarbeiter des Landesschulrates/Stadtschulrates?
- 4) Wer ist im Zusammenhang mit der AHS-Reform von Seiten der SPÖ als Ihr Ansprechpartner für Verhandlungen nominiert worden: Dr. Antoni, DDr. Niederwieser, Mag. Andrea Kuntzl, Dr. Gusenbauer, Grete Laska oder Dr. Brandsteidl?
- 5) Gibt es bereits ein Ergebnis der Evaluierung der AHS/HS-Schulversuche auf der Sekundarstufe I in Wien und wenn ja, was sind die wesentlichen Erkenntnisse?